

Rede
Bürgermeister Michael Kreuzberg
anlässlich der Einbringung des Haushaltes 2008
in der Ratssitzung am 10.12.2007

- Es gilt das gesprochene Wort!

Spagat zwischen
Haushaltskonsolidierung und Zukunftsinvestition

Einleitung

Sehr geehrte Damen und Herren des Rates der Stadt Brühl,
verehrte Zuhörerinnen und Zuhörer,
sehr geehrte Damen und Herren der Presse,

zum zweiten Mal in diesem Jahr stehe ich vor Ihnen, um Ihnen ein Zahlenwerk zu präsentieren, das das Fundament unseres kommunalen Handelns bildet. Nachdem wir im Frühjahr dieses Jahres den laufenden Haushaltsplan beraten haben, wird nunmehr der Haushaltsplan für das Jahr 2008 eingebracht!

Ich beginne zunächst mit dem Erfreulichen oder Beruhigenden – in jedem Falle aber Außergewöhnlichen und auch Unerwarteten:

Der Haushalt, den ich Ihnen heute vorlege, schließt mit einem Überschuss in Höhe von rd. 2,43 Mio. € ab. Auch in diesem Jahr werden wir wieder einmal auf Steuer- und Gebührenerhöhungen verzichten können. Und schließlich sind wichtige Projekte – und davon gibt es einige – solide finanziert. Der Haushalt in Zahlen: Erträge: 85.277.887 €, Aufwendungen: 82.844.647 €.

Was in der heutigen Zeit wie ein „Wintermärchen“ klingt, hat seine wesentliche Ursache in einer verantwortungsvollen und vorausblickenden Haushaltswirtschaft. Viele Jahre lang belastete der ungewisse Ausgang einer gerichtlich anhängenden Gewerbesteuerstreitigkeit

den städtischen Haushalt. Zu kameralen Zeiten hätte uns ein möglicher negativer Ausgang des Verfahrens womöglich ins Haushaltssicherungskonzept geführt. Dank der Neuerungen der Doppik war es möglich, durch die Bildung einer entsprechenden Rückstellung das Prozessrisiko und somit die etwaigen negativen Auswirkungen für unseren Haushalt zu minimieren. Nachdem das angesprochene Verfahren nunmehr mit dem Beschluss über die Ablehnung der Nichtzulassungsbeschwerde beim Bundesfinanzhof seinen Abschluss gefunden hat und die Stadt Brühl zu einem Anteil von etwa 90 % profitiert, kann im Haushaltsjahr 2008 die gebildete Rückstellung in Höhe von rd. 10,3 Mio. € zum größten Teil ertragswirksam aufgelöst werden.

Sie sehen, meine Damen und Herren, bei aller Erfreulichkeit – und insofern muss ich doch etwas Wasser in den Wein gießen – handelt es sich hierbei um einen Einmaleffekt, der uns nicht dazu verleiten sollte, nunmehr übermütig zu werden.

Hätten wir diese Möglichkeit der Auflösung der Rückstellung nicht, so würden die ordentlichen Aufwendungen die Erträge um rund 6,8 Mio. € überschreiten, was einen unausgeglichene Haushalt und somit eine Genehmigungspflicht durch die Kommunalaufsicht bedeutet hätte.

Angesichts des vielerorts wahrnehmbaren Aufschwungs und der daraus für uns resultierenden Mehrerträge bei den Steuern war ich zunächst recht hoffnungsfroh in das Aufstellungsverfahren zum Haushalt 2008 gegangen. Die Prognosen der Steuerschätzer wurden in den letzten Monaten in der Regel deutlich übertroffen. Verglichen mit der letzten Steuerschätzung vom Mai dieses Jahres werden die Steuereinnahmen insgesamt im Jahr 2007 voraussichtlich um 4,6 Mrd. € höher ausfallen. Davon verbleiben bei den Kommunen rd. 1,5 Mrd. €. Gleichzeitig entwickelte sich der Arbeitsmarkt positiv, so dass auch an dieser Front eine deutliche Entlastung für die öffentlichen Haushalte eingetroffen ist. Diesem Effekt ist es u.a. zu verdanken, dass auch der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer im Jahr 2007 eine Steigerung um 13,9 % auf 25,0 Mrd. € erfahren soll.

Allerdings steigen auch die Aufwendungen in Teilen erheblich, so dass wir finanziell leider noch nicht nachhaltig aufatmen können.

Alleine für die Kreisumlage – der Umlagesatz liegt aufgrund des Doppelhaushaltes des Rhein-Erft-Kreises fest – müssen wir 2 Mio. € mehr als bisher veranschlagen. In Abhängigkeit der Entwicklung des wesentlichen Ausgabepostens des Rhein-Erft-Kreises, der Landschaftsverbandsumlage, werde ich im gegebenen Falle für einen Nachtragshaushalt verbunden mit einer Senkung des Kreisumlagesatzes plädieren. Nur so können die

Belastungen der kreisangehörigen Gemeinden in einem für alle vertretbaren Rahmen bleiben. Hier steht der Rhein-Erft-Kreis gegenüber seinen Kommunen in besonderer Verantwortung, der er sich nicht entziehen kann und wie ich glaube, auch nicht entziehen wird.

Weitere signifikante Steigerungen bei den Aufwendungen ergeben sich durch die hohen und weiterhin galoppierenden Preise im Bereich „Energiekosten“, zusätzlich erhöht um die Betriebskosten für die neuen Flächen, die durch die OGS-Bauten hinzukommen.

Die Personalaufwendungen, die zwar insgesamt rückläufig sind, beinhalten eine moderate Steigerung entsprechend der zu erwartenden Tarifierhöhungen in Höhe von 2 % und bleiben in etwa auf Vorjahresniveau. Definitives kann hier allerdings erst nach Abschluss der Stellenplanberatungen mit dem Personalrat gesagt werden..

Trotz allgemein positiver Rahmenbedingungen ist auch die Ertragsseite noch mit einigen Unwägbarkeiten verbunden, wenn ich z.B. an den Ansatz für die Gewerbesteuer denke, der aufgrund der Unternehmenssteuerreform das Ergebnis der vorangegangenen Jahre wahrscheinlich nicht mehr erreichen wird.

Insgesamt betrachtet bin ich jedoch – was unsere Haushaltswirtschaft angeht – nicht unzufrieden. Der Haushaltsentwurf 2008 setzt wiederum zuallererst auf die politischen Schwerpunktbereiche Soziales, Familie, Bildung und kommunale Infrastruktur. Vordringlichstes Ziel ist und bleibt angesichts der allgemein zu beobachtenden demografischen Entwicklung der weitere Ausbau unseres Images als kinder- und familienfreundliche Stadt mit hoher Lebensqualität und einem guten Betreuungs-, Bildungs- und Kulturangebot.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

entsprechend meinen Ausführungen in den vergangenen Jahren werde ich nicht müde, auch heute die Notwendigkeit eines echten Haushaltsausgleichs anzumahnen. Als Ergebnis einer guten Zusammenarbeit von Verwaltung und Politik und dem Willen zur entschiedenen Sparsamkeit ist es gelungen, die Ausgabenkurve nicht nur zu begradigen, sondern abzusenken. Diesen eingeschlagenen Weg, der für keinen der Beteiligten einfach war, und es auch in Zukunft nicht sein wird, müssen wir konsequent fortsetzen und unser strukturelles Defizit weiter verringern. Nur so kann es mittelfristig gelingen, unsere kommunale Handlungsfähigkeit hier vor Ort zu erhalten, um auch in Zukunft bürgernahe Politik betreiben zu können.

Entsprechend dem Titel meiner diesjährigen Haushaltsrede „Spagat zwischen Haushaltskonsolidierung und Zukunftsinvestition“ werde ich Ihnen mit der Vorlage des Haushalts einige weitreichende und zukunftsichernde Maßnahmen vorschlagen.

Kulturförderung

Ein für Brühl eminent wichtiger Themenbereich stellt die Kultur dar. Sie ist gerade auch als Wirtschaftsfaktor besonders herauszustellen. Kultur schafft Identität. Sie ist das Hervorbringen städtischen Lebensgefühls, die Lust, in einer Stadt zu leben, in der Vielfalt nicht eingeebnet, sondern entwickelt und gesteigert wird. Kultur ermöglicht Zugehörigkeit, auf eine besondere Art neues Zusammenleben.

Viele Individualbesucher kommen nach Brühl, um in der Weltkulturerbestadt Kultur zu erleben. Brühl gilt als die Schloss- und Kulturstadt der Region, in der sich viele Menschen aus nah und fern wohlfühlen. Viel wichtiger sind jedoch diejenigen, die sich aufgrund des kulturellen Angebotes und Klimas für den Standort Brühl entscheiden. Damit sind nicht nur Unternehmen, ob im Handel oder in der Dienstleistung, sondern insbesondere auch junge Familien gemeint, die ihren Wohnsitz in Brühl nehmen. In vielen Gesprächen wird mir immer wieder das besondere kulturelle Flair, das von Brühl ausgeht, als entscheidendes Standortmerkmal für die Entscheidung von Neubürgerinnen und Neubürgern genannt, sich in unserer schönen Stadt niederzulassen.

In diesem Sinne ist es richtig und notwendig, unser Angebot zu erhalten und bedarfsgerecht weiter auszubauen. Hierzu gehört neben der Fortführung unserer städtischen Veranstaltungsreihen insbesondere auch die Förderung der Brühler Schlosskonzerte als überregional bekannte Institution, die im kommenden Jahr ihr 50jähriges Bestehen mit einer Reihe von Jubiläumsveranstaltungen feiert.

Mein Augenmerk gilt aber auch den zahlreichen kleineren Gruppierungen, die sich gestalterisch, musizierend, theaterspielend oder auf andere Weise engagieren. Sie alle tragen auf unterschiedliche Art und Weise zum kulturellen Niveau unserer Stadt bei.

Für viele unserer Kulturgäste ist Brühl unweigerlich mit dem Max Ernst Museum verbunden. Selbst für mich als Mitinitiator dieses Museums ist ein eher visionärer Wunsch mit der Tatsache in Erfüllung gegangen, dass sich das Max Ernst Museum heute in der Champions League der Personalmuseen befindet. Der grandiose Erfolg der Neo Rauch Ausstellung mit täglich rund 500 Besucherinnen und Besuchern belegt dies eindrucksvoll. Die Übertragung

des Museumsbetriebes auf den Landschaftsverband Rheinland können wir vor dem Hintergrund der abgesicherten und in der Höhe beschränkten Beteiligung der Stadt Brühl an den Betriebskosten als wahren Glücksfall bezeichnen.

Unsere Investition in die Errichtung des Max Ernst Museums hat sich somit als zukunftsweisend bestätigt. Und sie fließt zurück, unsere Investition, wenn sie auch im Einzelfall nicht immer in Euro und Cent bilanziert werden kann.

Aus all den genannten Gründen halte ich es persönlich für fatal, wenn bei zugegeben knappen Mitteln bei dem ein oder anderen die Forderung aufkommt, im Bereich Kultur undifferenziert zu kürzen.

Dass auch in diesem Bereich Einsparungen ohne Qualitätsverluste erzielt werden können, zeigt z.B. die verbesserte Organisation des Veranstaltungsmanagements oder auch die schrittweise Reduzierung des Defizits bei der Kunst- und Musikschule.

Im übrigen erhoffe ich mir von der Kulturstiftung für die Stadt Brühl – die heute mit der Beschlussfassung über die personelle Besetzung von Vorstand und Stiftungsrat die letzte städtische Hürde nimmt – langfristig eine nachhaltige Sicherung des kulturellen Niveaus in unserer Stadt.

Sport

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
dieses private Engagement kann und soll beispielgebend auch für andere Bereiche sein. So ist es im Bereich des Sports in den vergangenen Jahren gelungen, die Vereine beispielsweise durch Übertragung von Schlüsselgewalten in die Mitverantwortung für die von ihnen genutzten Sportstätten zu bringen. Spätestens mit der vom Rat beschlossenen Einführung der Sportstättennutzungsgebühren ist hier ein zusätzlicher Anreiz für die Vereine zur Übernahme von Verantwortung gegeben. Auf die Erhebung von Nutzungsgebühren kann man getrost für den Fall verzichten, dass wir als Stadt unsere Vorhaltekosten z.B. für Platz- oder Hallenwarte entsprechend zurückfahren können.

Privates Engagement drückt sich aber auch aus in sog. PPP-Modellen. Mit Blick auf den Daberger Hang können wir feststellen, dass mit dem BTV-Sportzentrum eine kreisweit einmalige Sportstätte entsteht, auf deren Eröffnung ich mich schon heute besonders freue.

Zu Beginn dieses Jahres haben wir mit dem Beschluss über die Schließung des Sportplatzes an der Bonnstraße eine wegweisende Entscheidung im Hinblick auf das Sportstättenangebot getroffen. Die derzeitige Vereinsstruktur in Brühl gebietet es, eine bedarfsgerechte Überarbeitung des Sportstättenangebotes vorzunehmen. Betriebswirtschaftlich gesehen halte ich es für unsere Pflicht, Sportstätten nur in dem notwendigen Umfang vorzuhalten. Mein Ziel ist es, in den nächsten Jahren das Angebot nicht nur bezogen auf die Anzahl, sondern auch und insbesondere im Hinblick auf die Qualität der Sportstätten zu optimieren.

Vor diesem Hintergrund schlage ich Ihnen für das kommende Jahr nach Abwägung verschiedener Alternativen eine umfangreiche, gänzliche Sanierung des Schlossparkstadions vor.

Wir alle waren in den letzten Jahren ein Stück weit unentschlossen, die Zukunft des Schlossparkstadions entsprechend anzugehen. Mögliche und scheinbar unvorherzusehende Probleme lähmten unsere Aktivitäten. Um diesen gordischen Knoten zu zerschlagen und endlich für uns alle Entscheidungsreife in der einen oder anderen Richtung zu bekommen, habe ich die auf Sportstätten spezialisierte Fa. Fischer Consult beauftragt, eine Untersuchung bezüglich möglicher Alternativen vorzunehmen.

Neben der umfangreichen Sanierung des Schlossparkstadions wurde auch die Neuerrichtung einer Wettkampfanlage auf der Freizeitwiese in Brühl-Süd untersucht. Unter Berücksichtigung sportlicher und wirtschaftlicher Belange hat sich als Ergebnis der Studie ganz eindeutig herausgestellt, dass eine Sanierung des Schlossparkstadions die wesentlich wirtschaftlichere Alternative darstellt.

Von ganz entscheidender Bedeutung war für mich zudem die Frage, ob wir nach einer Sanierung des Stadions eine Einschränkung des Sportbetriebes durch die Anwendung aktueller Lärmschutzrichtlinien hätten hinnehmen müssen. Eine abschließende Prüfung durch die Bezirksregierung kommt jedoch zu dem Ergebnis, dass auch nach einer Sanierung die sogenannte Altanlagenregelung Anwendung findet und wir insoweit mit Restriktionen im Hinblick auf den Sportbetrieb nicht rechnen müssen.

Die Planung sieht vor, den Hauptplatz als Naturrasenfläche wiederherzustellen, um auch die Möglichkeit für Leichtathletikdisziplinen wie Diskus-, Speer- oder Hammerwerfen zu erhalten. Der bisherige Tennenplatz soll dann als Kunstrasenplatz ausgebildet werden, so dass die Bespielbarkeit jahreszeitenunabhängig unbeschränkt ist. Die Tribünen, die ohnehin aus Verkehrssicherungsgründen umgebaut werden müssen, werden auf eine Kapazität von

3.000 Zuschauern zurückgebaut. Zusätzlich sieht das Konzept ein Vereinsheim im südlichen Tribünenbereich vor, wobei sich die Umkleieräume mit Duschen unterhalb des Niveaus der Tribüne befinden und darüber ein Versammlungsraum mit einer Freiterrasse entsteht.

Damit können wir unseren Vereinen, unseren Gastmannschaften und vor allem unseren zahlreichen Jugendmannschaften endlich angemessene, behindertengerechte Umkleide- und Sanitäreinrichtungen bieten. Das dafür bisher genutzte Haus an der Bonnstraße kann einer anderen Nutzung zugeführt oder veräußert werden. Aufgrund von vorab geführten Gesprächen mit der Denkmalschutzbehörde bestehen hinsichtlich der tatsächlichen Realisierung der hier gezeigten Umbauten keine Bedenken.

Die derzeit kalkulierten Gesamtbaukosten belaufen sich auf ca. 2,6 Mio. €. Ein entsprechender Neubau in Brühl-Süd würde ca. 4,9 Mio. € kosten, ohne dass eine für alle Leichtathletiksportarten taugliche Sportstätte entstünde!

Im Rahmen der Haushaltsberatungen wird sich der Sportausschuss eingehend mit den Vorstellungen befassen. Bis dahin wird auch die Frage geklärt, welche Finanzierungsart sich für den städtischen Haushalt als vorteilhaft erweist. Neben der herkömmlichen Veranschlagung als Investition mit entsprechend zu veranschlagenden Aufwendungen für Abschreibung und Finanzierung lasse ich derzeit prüfen, ob wir die Maßnahme im Rahmen eines PPP-Modells umsetzen können. Interessant hierbei wäre, dass beispielsweise ein nach 20 Jahren endender Vertrag mit einem Privaten ein nochmals neu saniertes Stadion vorsähe und wir somit eine auf lange Sicht nachhaltig sanierte und besonders attraktive Sportstätte im Herzen unserer Stadt mit den notwendigen Parkplätzen auf der Giesler-Galerie unser eigen nennen könnten. Eine lange und komfortable Zeit der Planungssicherheit für den Vereins- und Schulsport, aber auch für unsere kommenden Haushalte!

Mit Verabschiedung des Haushaltes kann der Grundsatzbeschluss gefasst und im Sommer/Herbst mit den Bauarbeiten begonnen werden, so dass den Vereinen, den Schulen und insbesondere auch dem SC Renault Brühl die fertig gestellte Sportanlage in seiner dann hoffentlich 2. Verbandsliga-Saison nach dem diesjährigen Aufstieg zur Verfügung steht!

Personal/Betriebshof/Stadtwerke als Multi-Utility-Unternehmen

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

noch nicht im Haushalt enthalten ist die Auswirkung einer möglichen Übertragung des Betriebshofes an die Stadtwerke. Dies soll als Zeichen verstanden werden, dass eine Entscheidung erst dann wirklich zu treffen ist, wenn alle Zahlen transparent auf dem Tisch liegen und abschließend bewertet werden konnten. Zudem soll gemeinsam mit dem Personalrat im Fall des Falles eine in vertrauensvoller Zusammenarbeit entwickelte Lösung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gefunden werden.

Die KPMG, als die von uns beauftragte Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, hat festgestellt, dass die Übertragung weder auf Seite der Stadtwerke noch für die Seite des städtischen Haushalts irgendwelche wirtschaftlichen Nachteile mit sich bringt. Im Gegenteil: Durch die Übertragung wird es den Stadtwerken ermöglicht, bei vorsichtiger Prognose ab 2010 einen positiven Ergebnisbeitrag zu erzielen.

Die vor der Prüfung von mir festgelegten Bedingungen sind dabei berücksichtigt worden. Die Verlagerung führte weder zu einer Erhöhung der Gebühren noch zu einer Schlechterstellung unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Ganz im Gegenteil. Gerade für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bestünde die Chance, durch eine Überleitung vom TVÖD in den Tarifvertrag der Versorgungssparte (TVV) eine automatische Lohnerhöhung zu erhalten. Dies würde sich allein aus der Tatsache ergeben, dass der TVV nach wie vor im Gegensatz zum TVÖD ein Weihnachtsgeld von 100 % eines Monatsgehalts vorsieht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
dem Gedanken des Konzerns Stadt Rechnung tragend haben wir als Stadt eine besondere Verantwortung gegenüber unserer Stadtwerke GmbH. Durch die Bündelung von Knowhow und der Nutzung betriebswirtschaftlicher Effekte (Vorsteuerabzug, Investitionsplanung, Insourcing von Aufträgen, etc.) würden wir bei Übertragung unserer Stadtwerke mittelfristig einen positiven Effekt für unsere Konzernbilanz erhalten.

Mit der Übertragung könnten sich unsere Stadtwerke, nachdem dort bereits seit 2005 die kaufmännische Geschäftsbesorgung erfolgt, nunmehr mit Übernahme des operativen Teils als der zentrale öffentliche Dienstleister für Ver- und Entsorgung am heimischen Markt positionieren. Durch eine entsprechende Übertragung des Anlagevermögens ergäbe sich zudem eine Verbesserung der Bilanzrelation durch Erhöhung der Eigenkapitalausstattung, was wiederum zu einem besseren Rating der Stadtwerke bei Kreditaufnahmen führte. Unsere Stadtwerke würden somit gestärkt und gediehen zu einem regelrechten Multi-Utility-Unternehmen, was angesichts der enormen Veränderungen in diesem Bereich aus meiner Sicht strategisch durchaus wünschenswert wäre.

Die Stadtwerke waren in den vergangenen Jahren ein Garant für eine sichere Einnahme des städtischen Haushaltes. Durch ihre Gewinnabführung haben sie in erheblichem Maße zu unserer erfolgreichen Haushaltswirtschaft beigetragen. Ganz nebenbei wird von ihnen noch der ÖPNV gemanagt, ein Freizeitbad und auch die städtischen Parkplatzflächen betrieben. Die Verluste aus diesen Bereichen können derzeit noch mit dem Gewinn aus dem originären Geschäft der Stadtwerke verrechnet werden. Ob wir langfristig noch von dieser Möglichkeit werden Gebrauch machen können, erscheint immer fraglicher, zumal den kommunalen Stadtwerken immer mehr Fesseln angelegt werden, was sich hoffentlich nicht eines Tages als äußerst kontraproduktiv erweisen wird.

Ganz aktuell meine ich die Folgen durch die Änderungen bei der Neufestlegung der Netzentgelte und der sogenannten Anreizregulierung. Trotz des hervorragenden Managements unserer Stadtwerke, wofür ich hier und heute der Geschäftsführung meinen besonderen Dank ausspreche, werden wir zukünftig bei der Gewinnzuführung zum städtischen Haushalt empfindliche Einbußen in Kauf nehmen müssen.

Verstehen Sie mich bitte nicht falsch. Ich bin nicht gegen Wettbewerb. Aber sollte der jetzt eingeschlagene Weg fortgesetzt werden, wird es vielen kommunalen Stadtwerken nicht möglich sein, dauerhaft wettbewerbsfähig zu bleiben. Was nach heutigem Stand übrig bliebe, wären unsere vier Oligopolisten, die sich schon seit einiger Zeit das Gebiet der Bundesrepublik aufgeteilt haben. Vor diesem Hintergrund werde ich alles unternehmen, was notwendig ist, um unsere Stadtwerke und somit unseren Konzern Stadt zu stärken.

Stadtentwicklung

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen des Stadtrats, ein weiterer Schwerpunkt unserer Arbeit wird im Jahr 2008 das Thema „Stadtentwicklung“ sein.

Nachdem wir im vergangenen Jahr in großer Einmütigkeit die Innenstadtrahmenplanung verabschiedet haben, gilt es nun, die dort vorgesehenen Maßnahmen mit Leben zu füllen.

Wenn ich in diesem Zusammenhang zuvorderst den Schwerpunktbereich Balthasar-Neumann-Platz nenne, ist dies ein Zeichen meiner Anerkennung und Dankbarkeit für die Mühen der dortigen Interessengemeinschaft. Mit einem enormen persönlichen und zeitlichen

Engagement bei überschaubarem finanziellem Potential ist es den Anliegern und den Marktbesckern des Balthasar-Neumann-Platzes im Rahmen von Sonderveranstaltungen gelungen, effektiv auf sich aufmerksam zu machen.

Ich hoffe, dass der an das Land gerichtete und gemeinsam getragene Antrag auf Förderung der Maßnahmen erfolgreich sein wird und wir in Kürze in Brühl die erste Immobilien- und Standortgemeinschaft, kurz: ISG, gründen können. Den städtischen Anteil an der Finanzierung habe ich im Haushaltsentwurf vorgesehen.

Die Gewährung von Städtebaufördermitteln wurde auch für das Wicke-Gelände in Aussicht gestellt. Anlässlich einer persönlichen Inaugenscheinnahme durch den Städtebauminister des Landes Nordrhein-Westfalen erkannte dieser die Notwendigkeit der städtebaulichen Entwicklung dieses Bereiches. In einem vom Land geförderten Moderationsverfahren soll mit den dortigen Eigentümern eine gemeinsam getragene städtebauliche Lösung unter besonderer Berücksichtigung der jeweiligen Partikularinteressen erarbeitet werden. Sicherlich – auch trotz Landeshilfe – ein sehr schwieriges Unterfangen!

Im Bereich der nördlichen Innenstadt werden wir jedoch schon zuvor eine Veränderung erkennen können. Die Planungen der Fa. Landmarken als Erwerberin des Geländes neben dem Finanzamt sind weit fortgeschritten und gehen somit zeitnah in das Baugenehmigungsverfahren. Durch die vorgesehene Bebauung wird dort künftig eine dem Standort angemessene Eingangssituation zur nördlichen Innenstadt geschaffen. Entsprechend den Ergebnissen unseres Einzelhandelskonzeptes wird neben Flächen für Dienstleistungen auch eine entsprechende Verkaufsfläche für einen Nahversorger vorgesehen.

Zudem erhoffe ich mir in den kommenden Jahren 2008/2009 eine Entwicklung für den Bereich des Belvedere-Platzes. Entsprechend den Empfehlungen der Innenstadtrahmenplanung habe ich den vergangenen Monaten Gespräche mit Hotelprojektentwicklern sowie potentiellen Hotelbetreibern geführt. Die mir bisher vorliegenden Ergebnisse der Standortprüfung belegen ganz ausdrücklich die von der Deutschen Baugrund vorgeschlagene Nutzung des Belvedere-Platzes als Standort für ein qualitativ hochwertiges Hotelangebot. Allerdings sind aufgrund der Rahmenbedingungen, ich erwähne in diesem Zusammenhang nur die Parkplatzproblematik sowie die An- und Abfahrtsituation, erhebliche Vorplanungen und betriebswirtschaftliche Prüfungen erforderlich.

Wenn ich schließlich nach einem Jahr Giesler-Galerie Bilanz ziehe, so kann ich feststellen, dass wir derzeit im Bereich der Innenstadt gut aufgestellt sind. Die oftmals etwas fahrlässig

vorausgesagten Kaufkräfteinbrüche in der Innenstadt sind jedenfalls ausgeblieben. Im Gegenteil: Viele Einzelhändler bestätigen mir, dass insbesondere im Bereich zwischen Giesler-Galerie und Markt eine größere Kundenfrequenz festzustellen ist.

Und eines, meine sehr verehrten Damen und Herren, hat den einen oder anderen doch mehr oder weniger überrascht: Der Verkehrsknotenpunkt „Stern“ ist durch die von Pollern eingeeengte Straßenführung verbunden mit entsprechenden Flächen für Außengastronomie zu einem Platz mit wahrer Aufenthaltsqualität avanciert. Dass solche von der Stadt initiierten Projekte zu Nachfolgeinvestitionen führen, belegt ebenfalls eindrucksvoll die Richtigkeit der damaligen Entscheidung, die Giesler-Galerie errichten zu lassen. Heute schauen wir beispielsweise auf ein vollkommen renoviertes Haus am Stern. Eine weitere wesentliche Verbesserung der städtebaulichen Qualität wird sich durch den Abriss des ehemaligen Restaurants La Paisiana und den dort entstehenden Neubau ergeben. Neben einer Erweiterung des Hotelangebotes mit Tagungsräumen und einer hochwertigen Gastronomie sollen dort auch weitere Flächen für Dienstleistung und Wohnen entstehen.

Mit der Beschlussfassung über die Schließung des Jugendzentrums an der Liblarer Straße ist die Verwaltung in die Lage versetzt, zusammen mit den Freiflächen im Anschluss an die Giesler-Galerie im Süden ein für Investoren sehr interessantes Grundstück zu vermarkten. Derzeit stehen wir in konkreten Verhandlungen mit einem Investor, der in diesem Bereich neben ergänzenden Einzelhandelsangeboten im Bereich des Erdgeschosses insbesondere innerstädtisches Wohnen ermöglichen möchte. Vor dem Hintergrund der im Zusammenhang mit der Errichtung der Giesler-Galerie diskutierten alternativen Wohnbebauung dürfte eine solche Nutzung durchaus auch bei ihnen als Ratsmitgliedern breite Zustimmung finden. Ich gehe davon aus, dem Liegenschaftsausschuss im Laufe des kommenden Jahres ein entsprechendes Konzept vorstellen und einen Verkaufsbeschluss vorschlagen zu können.

Um die Stadtentwicklung in einem anderen Bereich beeinflussen zu können, hat der Liegenschaftsausschuss in seiner heutigen Sitzung beschlossen, dass die Stadt das Bahnhofsempfangsgebäude am Brühler DB-Bahnhof erwerben soll. Obwohl ich dem Grunde nach ein entschiedener Gegner von einer Einmischung in den Immobilienmarkt bin, halte ich es in diesem Falle – unter Zurückstellung erheblicher Bedenken – für gerechtfertigt, unser Vorkaufsrecht auszuüben und somit die weitere Verwendung des Bahnhofsempfangsgebäudes mitzubestimmen. Angesichts der exponierten Lage des Bahnhofs und der damit verbundenen Weiterverkaufsmöglichkeiten geht die Stadt ein vergleichbar minimales Risiko ein. Die Alternative zur Ausübung des Vorkaufsrechtes wäre die Verwertung des Bahnhofsgebäudes am freien Markt gewesen.

Stadtentwicklung findet jedoch nicht nur im Bereich der Innenstadt statt. Ein über die Grenzen Brühls hinaus ausstrahlendes Projekt stellen die Erweiterungspläne des Phantasialandes dar. Sie alle haben die Entwicklung des von der Stadt Brühl angestrebten Antrages zur Änderung des Regionalplanes verfolgt. Natürlich wäre es fahrlässig, im Verfahren einfach über den wesentlichen Eingriff in die Natur hinwegzugehen. Andererseits verlasse ich mich in diesem Zusammenhang auch auf die Experten, die gutachterlich belegt haben, dass der vorgesehene Eingriff entsprechend ausgeglichen werden kann. Die Bereitschaft des Rhein-Erft-Kreises zur Entwicklung eines Ausgleichsflächenkonzeptes wurde gegenüber dem Phantasialand mit dem Hinweis der grundsätzlichen Machbarkeit schriftlich zugesichert.

Viele befürchten, dass es nur eine Frage der Zeit sei, bis das Phantasialand sich als eine Art „Krebsgeschwür“ über die derzeit in Rede stehenden Flächen weiter in den Ville-Wald hinein ausdehnen wird. Auch wenn dem aus meiner Sicht nicht so ist, kann man die Einwände nachvollziehen. Ich werde daher vorschlagen, die Flächen rund um das Erweiterungsgelände im Rahmen des Ausgleichs ökologisch aufzuwerten, um somit zu einer anderen Schutzwertigkeit, ggf. zur Ausweisung als Naturschutzgebiet, zu gelangen. Die Befürchtungen im Hinblick auf eine später erneute Erweiterung in den Wald hinein dürften spätestens dann obsolet sein.

Ich möchte heute die Gelegenheit nutzen, dieses aus meiner Sicht bisher nur in eine Richtung diskutierte Verfahren von einer anderen Seite zu beleuchten. Anlässlich des letzten Brühler Wirtschaftstreffs Anfang November haben wir einen ersten Versuch unternommen, die Rolle des Phantasialand als Arbeitgeber und Wirtschaftsfaktor für die Region zu beleuchten.

Meine sehr verehrten Damen,

wir sind aufgerufen, zur Kenntnis zu nehmen, dass das Phantasialand mit rd. 450 Vollzeitstellen und etwa 900 Saisonbeschäftigten bereits heute der zweitgrößte Arbeitgeber in Brühl ist. Durch die Erweiterung wird sich im Endausbauzustand eine Verdopplung der Arbeitsplätze ergeben. Hinsichtlich der Saisonbeschäftigten ist anzumerken, dass diese aufgrund der erweiterten Öffnungszeiten schon heute überwiegend über 9 Monate im Unternehmen beschäftigt sind. Mit der Entwicklung hin zur Ganzjahresöffnung würden dann viele Saisonbeschäftigte zu Vollzeitangestellten.

Zusätzlich sind natürlich die mittelbar dem Phantasialand zuzurechnenden Arbeitsplätze z.B. im Zuliefererbereich weit über das Gebiet der Stadt Brühl hinaus zu berücksichtigen, welche in der öffentlichen Diskussion bisher gänzlich unter den Tisch gefallen sind.

Um die politischen Entscheidungsträger in die Lage versetzen zu können, sich ein umfassendes Bild über die Erweiterungspläne machen zu können, habe ich die Internationale Fachhochschule Bad Honnef/Bonn mit einer wissenschaftlichen Studie über den volkswirtschaftlichen Nutzen des Phantasialandes beauftragt. Die Ergebnisse werden Anfang kommenden Jahres rechtzeitig zum Erörterungstermin im Regionalplanänderungsverfahren auf Bezirksregierungsebene eingebracht werden können.

Verehrte Ratskolleginnen und Ratskollegen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,

es wäre vermessen von mir, von Ihnen eine Zustimmung zum Verfahren zu erwarten. Bitte beachten Sie jedoch auch, dass diejenigen, die gegen die Erweiterung des Phantasialandes stimmen, sich auch gegen die Schaffung von Arbeitsplätzen, insbesondere im Bereich der Niedrigqualifizierten aussprechen.

Zudem glaube ich, nicht fehl in der Annahme zu gehen, dass wir uns in der Frage des Schutzes der Anwohner aus Badorf und Eckdorf im Grunde einig sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, verehrte Kolleginnen und Kollegen, zu einer verantwortungsvollen Stadtentwicklung gehört es auch, attraktive Wohngebiete zu schaffen. Mit dem in diesem Jahr auf den Weg gebrachten Bebauungsplan „Rheinstraße“ erhalten wir ein neues Wohngebiet mit besonderem Ambiente. In unmittelbarer Nähe zum Bahnhof, zu Schloss Augustusburg und zur Innenstadt einerseits, andererseits aber auch in unverbaubarer Lage zum Palmersdorfer Hof, mit hervorragender Autobahnanbindung, erfreut sich dieses Gebiet schon heute, noch bevor der Bebauungsplan rechtskräftig ist, einer ausgezeichneten Nachfrage. Die mit der Projektentwicklung beauftragte Immobilienschwester der Deutschen Bank bestätigte mir noch vor wenigen Tagen mit großer Zuversicht, die Grundstücke in kurzer Zeit vermarkten zu können.

Weitere Wohneinheiten entstehen auf städtischen Flächen im Bereich des Rosenhofes sowie auf dem Gelände des Sportplatzes an der Bonnstraße.

Brühl bietet kurze Wege, auch zu den Oberzentren Köln und Bonn. Gleichzeitig bieten wir attraktive Angebote im Bildungs-, Freizeit- und Kulturbereich. Mein Anliegen ist es, solange der Bedarf besteht, attraktive Bauplätze in ausreichender Anzahl bereitzustellen.

Der besondere Reiz von Brühl als bevorzugtem Wohnstandort drückt sich aber auch in der hervorragenden verkehrlichen Infrastruktur aus.

Hier sind auf der einen Seite zunächst umwelt- und bürgerfreundliche Verkehrsmittel wie z.B. der Stadtbus zu nennen, auf der anderen Seite aber auch Verbesserungen des Verkehrsnetzes für den motorisierten Individualverkehr. Das stellt für sich genommen keinen Gegensatz dar. Wir müssen das Eine tun, ohne das Andere zu lassen.

Dabei werden wir die Belange der Umwelt im Auge behalten. Ich hoffe sehr, dass der von der Initiative „Hycologne“ getragene Projektantrag eine Bewilligung durch das Bundesumweltministerium erfährt und wir demnächst in Brühl wasserstoffbetriebene Stadtbusse im Einsatz werden sehen können.

Zudem habe ich gerne den Vorschlag der Fraktion „Die Grünen“ bzw. die Bitte der Überprüfung des Ausschusses für Lokale Agenda und Umwelt aufgegriffen zu prüfen, ob wir unsere städtischen Stromlieferverträge für die eigenen Liegenschaften dahingehend umgestalten können, 50% der Abnahmemenge aus regenerativen Energien zu beziehen.

Nach entsprechender auch finanzieller und haushalterischer Prüfung schlage ich Ihnen, meine Damen und Herren des Rates vor, alle Stromlieferverträge für unsere städtischen Liegenschaften derart umzugestalten, dass nicht nur 50 % der Stromlieferungen sondern sogar 100% unseres Strombezuges - also unser gesamter Strombezug - aus regenerativen Energien zertifiziert bestritten wird. Ich persönlich halte Aufwand und Ertrag für in einem noch ausgewogenen Verhältnis, das uns gestattet, unsere Stadt auch in ökologischer Politik weiter und verbessert zu positionieren und als nachhaltig zu präsentieren.

Als Prädikat für unsere Wohlfühlstadt ist auch die erneute Auszeichnung als fahrradfreundliche Stadt zu sehen, die ich kürzlich entgegen nehmen durfte. Ich empfehle Ihnen auch mit diesem Haushalt wieder, die bisherigen Aktivitäten auf diesem Gebiet weiter fortzuführen. Ein wichtiger Punkt – auch für das Image unserer Stadt.

Aufgrund der Investitionen in weitere infrastrukturelle Einrichtungen in den verschiedensten Bereichen besteht für uns die große Chance, weiterhin neue Mitbürgerinnen und Mitbürger für Brühl zu gewinnen, damit Kaufkraft zu generieren und den innerstädtischen Handel zu stärken und zudem die steuerliche Einnahmesituation unserer Stadt weiterhin auszubauen.

Wirtschaftsförderung/Tourismus

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Ratskolleginnen und –kollegen,

getreu dem Motto „Die Aufgaben von heute und morgen sind wichtiger als die Erfolge von gestern“ werden wir auch im nächsten Jahr aktive Wirtschaftsförderung betreiben müssen, um auf lokaler Ebene die tagtäglichen Herausforderungen meistern zu können. Die größte Herausforderung sehe ich hierbei in der Schaffung neuer und zukunftssicherer Arbeitsplätze.

Die Wirtschaftsstruktur Brühls wird im wesentlichen durch Unternehmen kleinerer bis mittlerer Betriebsgröße in einem breiten Branchenspektrum gekennzeichnet. Die Förderung von Unternehmensgründungen in diesem Bereich, und damit meine ich insbesondere auch die Handwerksbetriebe, hilft, auch mehr Arbeits- und Ausbildungsplätze zu errichten. Mit dem Anspruch, den Brühler Wirtschaftsraum vorausschauend und gestaltend zu entwickeln, steht die Wirtschaftsförderung vor enormen Herausforderungen. Gleichzeitig unterliegen wir aber auch externen Einflüssen, die wir hier vor Ort nicht oder kaum beeinflussen können. Ich denke in diesem Zusammenhang z.B. an die zahlreichen europäischen und nationalen Regelungen in den unterschiedlichsten Rechtsbereichen, die maßgeblich Einfluss nehmen auf das Unternehmertum selbst, aber auch auf die Situationsgunst unseres hiesigen Standortes.

Um in diesen Zusammenhängen erfolgreich tätig sein zu können, bedarf es flexibler Strategien bei allen Akteuren. Keine eingefahrenen Strukturen und Vorgehensweisen sind gefragt, sondern vielmehr ein mit Kreativität im Einzelfall eingesetztes Bündel von Handlungsoptionen. Solche Möglichkeiten ergeben sich z.B. aus der Bildung von Netzwerken. Mit unserer überaus erfolgreichen Reihe „Brühler Wirtschaftstreff“ haben wir eine ausgezeichnete Plattform zur Netzworkebildung geschaffen. Zusammen mit weiteren Maßnahmen der Bestandspflege wie z.B. Unternehmensbesuchen u. ä. soll es gelingen, das überaus wichtige Vertrauen bei Industrie, Handel und Gewerbe weiter zu verfestigen und auszubauen. Nur auf diesem Wege wird es möglich sein, frühzeitig bei Problemstellungen, Veränderungs- und Erweiterungswünschen beteiligt zu werden und entsprechend tätig werden zu können.

Meine Damen und Herren,

mit der inneren Erschließung des Gewerbegebietes an der Bremer Straße haben wir die Voraussetzungen für eine An siedlung auch kleinerer Unternehmen geschaffen. Die Abverkäufe in den letzten Monaten belegen, dass wir hier auf dem richtigen Weg sind. Aufgrund von weiteren Nachfragen gehe ich davon aus, bald die Erschließung des sich nördlich anschließenden Teils in enger Zusammenarbeit mit dem dortigen Eigentümer

angehen zu können. Insofern beschreibe ich eine weitere Aufgabe der Wirtschaftsförderung, nämlich die mittel- und langfristige, aber insbesondere auch bedarfsgerechte Erschließung neuer Gewerbeflächen. Wir müssen auch heute schon an die nächste Generation und deren Arbeitsplatzbedürfnisse denken und unser Handeln danach ausrichten.

Genauso wichtig wie die Gewerbeentwicklung ist ein lebendiger Einzelhandel, wie das Beispiel der Giesler-Galerie mit der festzustellenden zunehmenden Frequentierung der Innenstadt zeigt. Nunmehr obliegt es den Einzelhändlern, aus dieser höheren Besucherfrequenz zusätzlichen Umsatz zu generieren.

Mit den zahlreichen Veranstaltungen in der Innenstadt, seien sie durch die Wepag oder durch die Stadt organisiert, leisten wir unseren Beitrag dazu. Mit der fast schon traditionellen erfolgreichen Teilnahme am landesweiten Stadtmarketingwettbewerb „Ab in die Mitte“ werden dem innerstädtischen Handel regelrechte Steilvorlagen geliefert. Um diese Möglichkeiten, wie sie sich z.B. in dem Projekt „Jecke Höhner von Bröhl“ ausdrücken, beneiden uns alle umliegenden Städte, die bisher vergeblich versucht haben, die begehrte Auszeichnung und damit die finanzielle Grundausstattung für solche Maßnahmenpakete zu erhalten.

Untrennbar verbunden mit der Attraktivität unserer Innenstadt sind unsere Bemühungen im Bereich des Tourismus, die auch im nächsten Jahr weiter vorangetrieben werden sollen.

In den Jahren 2005 und 2006 haben zwei Großereignisse im Raum Köln stattgefunden; der Weltjugendtag und die Fußballweltmeisterschaft. Für diese Jahre konnten wir imposante Zuwächse an Übernachtungen verzeichnen. Mit etwas Sorge habe ich angesichts dieser Großereignisse von Weltformat die Zahlen der Übernachtungsgäste und der Gästeankünfte für das laufende Jahr 2007 erwartet. Derzeit sieht es jedoch danach aus, dass wir auch in diesem Jahr – ohne entsprechende Großereignisse! – mit einer weiteren Steigerung der Tourismuszahlen rechnen können. Für mich ein guter Nachweis dafür, dass unsere Marketingmaßnahmen erfolgreich, weil nachhaltig sind.

Neben einer generellen Qualitätsverbesserung zugunsten unserer Gäste haben wir im Jahr 2007 vermehrt Wert auf Angebote sowohl für Menschen aus der Region als auch für die überregionalen Gäste gelegt. Mit den unterschiedlichsten Themenstadtführungen in Kombination mit Restaurantbesuchen sind Angebote geschaffen worden, die sich großer Beliebtheit erfreuen.

Darüber hinaus wurde in diesem Jahr die Palette der touristischen Printmedien weiter ausgebaut. Für den Beginn des kommenden Jahres stehen neben einem Tagungsplaner für die Schlossstadt auch ein Stadtführer für Menschen mit Behinderungen auf dem Programm.

Durch die genaue Analyse des vom brühl-info erhobenen statistischen Datenmaterials sind wir in die Lage versetzt, die Werbemaßnahmen im Bereich Tourismus noch zielgruppenspezifischer auf unsere Quellmärkte ausrichten zu können. Die meisten ausländischen Gäste kommen aus den Niederlanden, aus Belgien und aus Großbritannien. Bei den englischen Gästen hat sich mittlerweile der Besuch des Brühler Weihnachtsmarktes als lohnendes Ereignis etabliert, das seit nunmehr drei Jahren fester Bestandteil des DER-Tour Reisekataloges ist. Hier ist die Schlossstadt Brühl auch im Städtereisekatalog „Germany“ vertreten.

Kinder- und Jugendförderung

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

vielleicht fragen auch Sie sich schon länger irritiert, was in unserer Gesellschaft los ist und wie es um ihre Zukunftsfähigkeit bestellt ist. Immer weniger Kinder werden geboren, immer weniger Kinder wachsen in der emotionalen Sicherheit einer Familie auf und immer mehr Kinder haben es schwer. Sie bedürfen der Betreuung außerhalb der Familie und lernen zu Hause nicht mehr richtig zu sprechen. Wir hören von zunehmender Kinderarmut, von Misshandlungen, von Verwahrlosung und müssen zur Kenntnis nehmen, dass einzelne Eltern sich von ihren Kindern überfordert fühlen und dass ihnen selbst die natürlichen Instinkte verloren zu gehen scheinen.

Bereits in meiner letzten Haushaltsrede im Frühjahr dieses Jahres bin ich ausführlich auf die Thematik eingegangen. Mit dem von uns erarbeiteten Frühwarnsystem haben wir uns der Problematik angenommen. Wie wichtig die Prävention in diesem Bereich ist, zeigen die aktuellen Geschehnisse leider überdeutlich.

Ich werde nie müde, zu betonen, dass die Kinder- und Jugendförderung und damit implizit auch die Förderung von Bildung eine oder sogar die wichtigste Voraussetzung für die gedeihliche Entwicklung unseres Gemeinwesens ist.

Bildung fängt bei den Kleinsten an. Seit Jahren bin ich deshalb bemüht, unsere Bildungs- und Betreuungsangebote stetig auszubauen. Zuvorderst möchte ich hier unsere beispielhafte Umsetzung des Kindergartenplatzanspruchs durch den Ausbau von Gruppen bzw. den Neubau ganzer Einrichtungen wie z.B. die Kindertagesstätte Eckdorfer Mühle nennen. Behinderten Kindern gegenüber sind wir besonders aufgeschlossen durch die Einrichtung integrativer Gruppen in den Kindertagesstätten Sophie-Scholl-Straße und Mühlenbach.

Ich denke aber auch an unsere beispielhafte Aktion zur zertifizierten Ausbildung von Tagesmüttern. Und auch im Bereich der sog. U3-Betreuung sind wir mit innovativen Konzepten ganz nah am bestehenden Bedarf. Von der frühkindlichen Bildung in den Einrichtungen oder bei den Tagesmüttern bis hin zur Sprachförderung müssen wir alles unternehmen, um unseren Kindern frühzeitige und gute Startchancen zu eröffnen.

Wir schaffen mit diesen Maßnahmen eine hervorragende Basis im Hinblick auf Familienfreundlichkeit, um Kinderbetreuung und -erziehung und Beruf miteinander zu vereinen. Die Frage der Qualität lässt den zu zahlenden Preis ganz eindeutig in den Hintergrund treten. In diesem Bereich wird auch in den nächsten Jahren ein gewichtiger Schwerpunkt unserer – auch finanziellen – Anstrengungen liegen. Zwar hat der Bund eine Summe von 4 Mrd. € für den weiteren Ausbau der U3-Betreuung bereit gestellt, inwieweit das Land allerdings in die Förderung einsteigt, ist bis heute nicht bekannt. Jedenfalls ist davon auszugehen, dass die Maßnahmen für den städtischen Haushalt sicher nicht kostenneutral sein werden. Die Mehrkosten für die Schaffung und den Betrieb zusätzlicher Betreuungsplätze zeigen aber auch ganz eindeutig auf, dass wir uns den Forderungen nach teilweiser oder vollständiger Gebührenfreiheit nicht öffnen können. Gerne bin ich bereit, meine diesbezügliche Auffassung offensiv zu vertreten, da ich die Qualität unserer Kinderbetreuung nicht für die Quantität aufgeben möchte.

Das durchgehende Bildungs- und Betreuungsangebot findet seine Fortsetzung in unserem Engagement im Bereich der Offenen Ganztagschulen sowie der Gebundenen Ganztagschule an der Clemens-August-Hauptschule.

Der Weg zur Ganztagschule als Regelschule mit einem durchgängigen pädagogischen Konzept, das Bildung, Erziehung und Betreuung ganzheitlich miteinander verbindet, ist vorgezeichnet. Es wäre aus meiner Sicht fatal, sich dieser Weiterentwicklung unseres Schulsystems zu versperrern. Im Gegenteil: Bei einer Entwicklung, die sich absehbar nicht ändern wird, sollten wir versuchen, Vorreiter zu sein. Dabei möchte ich nicht verschweigen,

dass Bildung eindeutig eine Aufgabe des Landes ist und dort die Verantwortung für die inneren Schulangelegenheiten liegt.

Aus der oben bereits erwähnten Verantwortung, kein Kind zurückzulassen, wird es uns allerdings nicht egal sein, was aus unseren Kindern wird.

Nicht zuletzt aus diesem Grunde ist es mir ein großes Anliegen, auch den Bereich der Schulen im notwendigen Maße finanziell auszustatten. Neben der Bereitstellung von angemessenen Räumlichkeiten gehört dazu in zunehmendem Maße auch die Finanzierung von Aufgabenstellungen, für die die Stadt Brühl nicht originär zuständig ist. Ich denke in diesem Zusammenhang insbesondere an die Frage der Schulsozialarbeit. Wenn mir schlüssig dargelegt wird, dass eine Korrelation zwischen Schulsozialarbeit auf der einen Seite und den Kosten bei der Hilfe zur Erziehung auf der anderen Seite besteht, könnte ich mir durchaus vorstellen, diesem Bereich dem Wunsch der Schulen entsprechend verstärkt Aufmerksamkeit zu widmen.

Im Hinblick auf den Ausbau unserer Grundschulen sowie der Clemens-August-Hauptschule und der Pestalozzi-Förderschule zu Ganztagschulen haben wir wie kaum eine andere Gemeinde vergleichbarer Größenordnung in diesen Bereich investiert. Neben den Baukosten von über 10 Mio. €, von denen wir ein Eigenanteil von rd. 5,3 Mio. € tragen, werden wir für derzeit geplanten 23 Gruppen inklusive der notwendigen Finanzierungs- und Abschreibungskosten einen Betrag von weit über 400.000 € jährlich aufwenden.

Eine Bilanz, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen des Rates, auf die wir alle sehr stolz sein dürfen. Ich danke an dieser Stelle ausdrücklich allen Stellen, sei es in Politik, Verwaltung oder auch externen Bereichen, die an der Realisierung dieses „Mammutprogramms“ beteiligt waren und noch sind.

Die Ergebnisse haben wir eindrucksvoll z. B. am vergangenen Samstag bei der Einweihung der Offenen Ganztagschule in Vochem in Augenschein nehmen können. Mit der offiziellen Einweihung der Räumlichkeiten an der Grundschule in Badorf am kommenden Donnerstag sowie der Melanchthonschule im kommenden Jahr haben wir das Bauprogramm für den Bereich der Grundschulen vorerst abgeschlossen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich komme nun zum Bereich Jugendförderung, der uns in nächster Zeit intensiv beschäftigen wird. Das von mir vorgelegte neue Konzept für die Jugendarbeit „Kräfte bündeln, Vielfalt

erhalten“ hat bei Ihnen breite Zustimmung gefunden. Ich möchte in diesem Zusammenhang die Überschrift eines Artikels in der letzten Ausgabe des Brühler Markt-Magazins aufgreifen: „Gute Aussichten für die Brühler Jugend“. In der Tat haben wir mit der Entscheidung, das Jugendzentrum an der Liblarer Straße zugunsten eines modernen Anforderungen gerecht werdenden neuen Jugendzentrums in Brühl-Ost aufzugeben, eine zukunftsweisende Entscheidung getroffen.

Mit den dort vorgesehenen Proberäumen, einem Aufnahmestudio und einem Veranstaltungssaal können wir ohne Kompromisse den Wünschen der Jugendlichen gerecht werden. Getreu dem Motto „das eine tun, ohne das andere zu lassen“ werden wir als zentrale Begegnungsstätte in der Clemens-August-Schule einen City-Treff einrichten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, dieses Projekt ist nicht nur aus jugendpflegerischen Aspekten zukunftsweisend. Die Zusammenarbeit mit dem Arbeiter Samariterbund zeigt beispielhaft auf, wie Investitionsvorhaben künftig im Rahmen partnerschaftlicher Modelle realisiert werden können.

Auch wenn uns mit dem neuen Jugendzentrum sicherlich ein großer Wurf gelungen ist, dürfen wir dabei die Arbeit in den Stadtteilen nicht aus den Augen verlieren.

So werden wir durch den weiteren Ausbau des Jugendtreffs Klasse unseren Fokus u.a. auf den Stadtteil Vochem richten.

Soziale Stadt Vochem

Vochem als der größte Brühler Stadtteil ist seit einigen Wochen und Monaten vermehrt Gegenstand öffentlicher Diskussionen und Berichterstattungen. Hintergrund ist, dass Vochem – und hier vor allem der Bereich unterhalb der Bahnlinie – seit einigen Jahren einem starken und städtebaulichen Veränderungsprozess unterworfen ist.

Es entspricht großem politischem Konsens – und dafür danke ich Ihnen an dieser Stelle ganz herzlich -, dass wir dort tätig werden. Um die Ursachen und Wirkungen des oben beschriebenen Prozesses zu erfassen und zu bewerten und darauf aufbauend ein Konzept für eine nachhaltige soziale Stabilisierung und städtebauliche Aufwertung zu entwickeln, haben wir die Erarbeitung eines integrierten Handlungskonzeptes in Auftrag gegeben.

Die Erarbeitung eines solchen Konzeptes, das soziale, ökonomische, kulturelle, städtebauliche und ökologische Aspekte zusammenführen soll, kann nur in enger

Zusammenarbeit und Abstimmung mit den hierfür zuständigen bzw. hiervon betroffenen Fachbereichen, öffentlichen und freien Trägern, Verbänden und Institutionen sowie sonstigen Experten sowie den lokalen Informations- und Entscheidungsträgern erfolgen. Ein erster diesbezüglicher Workshop hat zwischenzeitlich stattgefunden. Ich gehe davon aus, dass wir Anfang kommenden Jahres ein entsprechendes Handlungskonzept politisch werden verabschieden können, so dass ein Antrag auf Fördermittel beim Land bis Ende März gestellt werden kann.

Ich bin zuversichtlich, dass es uns in gemeinsamer Anstrengung gelingen wird, den Stadtteil Vochem durch Umsetzung des gemeinsam erarbeiteten Maßnahmenkatalogs nachhaltig fortzuentwickeln.

Kommunale Sicherheit und Sauberkeit

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
lassen Sie mich, bevor ich zum Schluss meiner Ausführungen komme, einen Themenbereich beleuchten, der aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger zunehmend an Bedeutung gewinnt: Sicherheit und Sauberkeit.

Aus meiner Sicht ist jede staatliche Ebene beim Einsatz gegen Gewalt und Kriminalität gefordert, auch die Kommune. Mir liegt die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger sehr am Herzen. Sowohl das subjektive Sicherheitsgefühl jedes einzelnen als auch die objektive Sicherheitslage sind eine Frage der Lebensqualität in der Kommune, aber auch der Standortqualität für die heimische Wirtschaft. Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund werde ich alles unternehmen, um im Rahmen unserer Möglichkeiten zur Bekämpfung von Gewalt und Kriminalität aktiv mitzuwirken.

Als besonders wirksames Instrument möchte ich hier das Institut der Ordnungspartnerschaft nennen, das in den vergangenen Jahr äußerst erfolgreich funktioniert hat. Aufbauend auf den Säulen Koordination, Kommunikation und Kooperation können wir auf eine ausgezeichnete Zusammenarbeit zwischen Polizei und städtischen Dienststellen blicken. Oftmals ist es allerdings so, dass mit der Ordnungspartnerschaft nur Symptomen und nicht den Ursachen von Alltagskriminalität begegnet werden kann.

Deshalb habe ich mir zum Ziel gesetzt, noch weitergehender präventiv tätig zu werden und bürgerschaftliches Engagement in die kommunale Sicherheitsstruktur einzubinden. Keine

Sorge, meine Damen und Herren. Meine Absicht ist es nicht, eine Freiwilligenpolizei für Brühl aufzustellen.

Allerdings können kriminalpräventive Maßnahmen nur dann erfolgreich sein, wenn sich ihnen alle relevanten Institutionen und gesellschaftlichen Akteure stellen. Neben der Kommunalverwaltung und natürlich der Polizei sind dies insbesondere und in erster Linie die Elternhäuser, die Schulen, die Kindertagesstätten und Jugendeinrichtungen, aber auch die Sportvereine und die Kirchengemeinden. Sie alle können frühzeitig Gefahrenpotentiale erkennen und haben ihre spezifischen Möglichkeiten, wirksame Beiträge zur Vorbeugung zu leisten. So kann es gelingen, Prävention vor Ort bereits im Hinblick auf die Ursachen von Kriminalität und Gewalt zu leisten.

Ich stelle mir vor, diese gesellschaftlichen Kräfte zu aktivieren, zu vernetzen und mit der Arbeit der Stadt und der Polizei zu verknüpfen.

Zu diesem Zweck werde ich einen kriminalpräventiven Rat ins Leben rufen, um alle wichtigen Akteure an einen Tisch zu holen. Die Arbeit eines solchen Präventionsrates soll nach meiner Vorstellung von drei Dingen geprägt sein: der gegenseitigen Information, der Koordination von Präventionsaktivitäten sowie der Planung gemeinsamer Maßnahmen.

Zu solchen Maßnahmen könnten beispielsweise die Gestaltung von Unterrichtseinheiten an Schulen gehören; ein sicherlich hoch interessantes Thema wäre das angemessene Verhalten von Kindern- und Jugendlichen bei Erpressung von Geld- und Kleidungsstücken, eine Art von Kriminalität, die leider immer mehr um sich greift.

Auch wenn ich die Frage der Kriminalprävention ein Stück weit institutionalisieren will, dürfen wir auf das Engagement unserer Bürgerinnen und Bürger nicht verzichten. Im Gegenteil: Unser aller Motto muss lauten: Nicht wegsehen, sondern handeln! Auf dieses bürgerschaftliche Engagement ist das Gemeinwesen heute dringend angewiesen.

Einen hohen Einsatz zum Wohle aller Bürgerinnen und Bürger zeigen auch unsere Freiwilligen Feuerwehrleute. Für viele von ihnen wird es vor dem Hintergrund der aktuellen Arbeitsmarktbedingungen allerdings immer schwieriger, ihrem Dienst – insbesondere auch im Einsatzfall – gewissenhaft und konfliktfrei nachkommen zu können. Angesichts der Gefahren, denen sich Feuerwehrleute aufgrund immer gefährlicher werdender Einsätze aussetzen, ist ihr Engagement nicht hoch genug einzuschätzen. Neben der allseits ausgesprochenen Anerkennung ihrer Leistungen möchte ich diese auch nachhaltig

honorieren. Ich schlage Ihnen deshalb einen Haushaltsposten in Höhe von 50.000 € für ein Rentenversicherungsmodell zugunsten unserer Feuerwehrleute vor und darf bereits an dieser Stelle um Ihre Zustimmung werben.

Schlussbemerkungen

Verehrte Ratskolleginnen und –kollegen,

eingangs habe ich Ihnen dargelegt, dass wir – ich betone: - keinen Anlass haben, nachhaltig finanziell durchzuatmen. Der in diesem Haushaltsplan ausgewiesene Überschuss beruht auf einem Einmaleffekt und darf uns nicht dazu verführen, Blankoschecks für Maßnahmen auszustellen, deren Finanzierbarkeit wir in den kommenden Jahren bitter bereuen. Insofern darf ich im Hinblick auf die bevorstehenden Haushaltsberatungen Zurückhaltung anmahnen.

Wir konnten in den letzten Jahren eine Menge bewegen und zukunftsweisende Weichen für die Entwicklung unserer Stadt stellen. Der Haushaltsplan für 2008 zeigt wiederum gute Perspektiven auf, obwohl er bei weitem nicht alle Wünsche erfüllen kann. Dennoch bin ich der Auffassung, dass der Kämmerer und ich Ihnen heute ein Zahlenwerk vorlegen können, das die wichtigsten Projekte – auf solider Basis finanziert – sichert.

Ausdrücklich bedanke ich mich beim Personalrat und dessen Vorsitzenden für die in diesem Jahr sehr gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit. Ich wünsche mir sehr, diese im nächsten Jahr entsprechend fortsetzen zu können.

Wie in jedem Jahr möchte ich es abschließend auch diesmal nicht versäumen, mich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung zu bedanken, die bei der Erstellung des Haushaltsplanes mitgewirkt haben – insbesondere die der Kämmerei. Wie immer schließe ich darin meinen Dank an die Mitarbeiter der Druckerei mit ein.

Auch bei Ihnen, meine Damen und Herren des Rates, möchte ich mich abschließend für Ihre Aufmerksamkeit bedanken und wünsche Ihnen und uns konstruktive Haushaltsplanberatungen zum Wohle unserer Stadt.